

**FRIEDLICH DENKEN ALLEIN**

**ÄNDERT NICHTS.**

**WERDE MITGLIED!**

SETZ DICH GEMEINSAM MIT ÜBER 3.500 MITGLIEDERN IM ÄLTESTEN FRIEDENSVERBAND DEUTSCHLANDS GEGEN KRIEG & AUFRÜSTUNG UND FÜR FRIEDEN & ABRÜSTUNG EIN!



**DFG-VK.DE/MITGLIED-WERDEN**

- Eine klare Trennung ziviler Friedensförderung von militärischen Maßnahmen der EU oder ihrer Mitgliedsstaaten. Langfristig muss es einen vollständigen Verzicht auf militärische Missionen und eine Fokussierung der EU als rein ziviler Akteur geben.
- Ein Verzicht auf die Förderung militärischer Kapazitäten lokaler und regionaler Akteure. Stattdessen Unterstützung der Regionalorganisationen beim Aufbau ziviler Kapazitäten für Früherkennung und Krisendiplomatie, insbesondere für größere Monitoringmissionen von Wahlen, Menschenrechtskrisen, Waffenstillständen usw.
- Der Ausbau der zivilen Managementkapazitäten innerhalb der gemeinsamen Außenpolitik, insbesondere der Abteilung für Konfliktprävention, Peacebuilding und Mediation. Bessere Abstimmung mit anderen EU-Institutionen, insbesondere der langfristigen Konfliktvorsorge im Rahmen der Entwicklungshilfe.

### ■ Mischen Sie Sich ein!

Alle fünf Jahre werden EU-weit die Abgeordneten für das Europäische Parlament gewählt. Es ist das einzige Organ der Europäischen Union, das direkt von der europäischen Bevölkerung gewählt wird, diese repräsentiert und ihr parlamentarische Einflussmöglichkeiten gibt.

Die EU bezeichnet sich heute, 80 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, als Friedensmacht – ausgestattet sogar mit einem Friedensnobelpreis. Diesem Bild stehen aber aktuell zahlreiche Kriegseinsätze der EU-Mitgliedsländer, die Aufrüstung der EU, Waffenexporte sowie die militarisierte Flüchtlingsabwehr (FRONTEX) entgegen. Die Europäische Union verfügt inzwischen über ein ansehnliches Instrumentarium militärischer Rüstungs- und Interventionsfähigkeiten. Am Beispiel des Vorlaufs des Ukraine-Krieges – dem Streit um das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens – im Jahr 2014 wird



deutlich, wie schädlich die kurzsichtige, auf Machtausdehnung orientierte Außenpolitik der EU sein kann.

Für eine EU, die für eine friedliche, sichere Zukunft ihrer Bürger\*innen steht und die eine Außenpolitik betreibt, die sich für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung aller Menschen auf diesem Planeten stark macht, brauchen wir eine andere Politik im EU-Parlament.



Als Basis einer solchen anderen Politik fordern wir die Kandidat\*innen zum EU-Parlament auf, sich für die Friedenspositionen einzusetzen, die wir hier zusammengestellt haben.

**Werden Sie als Wählerin und Wähler damit im Wahlkampf aktiv:**

- konfrontieren Sie die Kandidat\*innen vor Ort mit den Forderungen
- fragen Sie danach auf Wahlkampfveranstaltungen
- befragen Sie die Abgeordneten und Kandidat\*innen auf [www.abgeordnetenwatch.de](http://www.abgeordnetenwatch.de) nach deren Positionen

**Für eine friedliche und zivile EU!**

Text: DFG-VK NRW

**Friedlich denken allein ändert nichts.**

Die DFG-VK ist (bereits 1892 in Berlin gegründet) heute eine der großen pazifistischen Friedensorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Mitglieder der DFG-VK sind bundesweit in Landesverbänden und regionalen Gruppen aktiv.

Der Pazifismus der DFG-VK verlangt dauerhaftes politisches Handeln. Unser Ziel, Bedingungen für eine Welt ohne Krieg und Unterdrückung zu schaffen, bedeutet:

- Das Organisieren wirksamer Proteste und gewaltfreien Widerstands gegen Kriege und die deutsche Kriegsbeteiligung.
- Das öffentlichkeitswirksame Propagieren von Abrüstung mit dem Ziel der völligen Entmilitarisierung.
- Die Durchführung und Unterstützung von Aktivitäten gegen Rekrutierungsmaßnahmen der Bundeswehr sowie die Förderung von antimilitaristischem Bewusstsein mit dem Ziel der völligen Ächtung der Soldatentätigkeit. Wir fordern die Einführung von Zivilklauseln an Hochschulen und ein Auftrittsverbot der Bundeswehr an Schulen.
- Die aktive öffentliche Diskussion über die Aufgaben von Soldat\*innen: das Töten im Krieg.
- Die internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel Alternativen zu militärischen und Gewalt fördernden Strukturen zu entwickeln und durchzusetzen.
- Vor dem Hintergrund des ausgesetzten Militärdienstzwangs fordern wir alle Soldat\*innen der Bundeswehr auf, den Dienst zu verweigern und zu beenden. Wir lehnen die sogenannte Wehrpflicht und staatliche Zwangsdienste ab und fordern ihre endgültige Abschaffung. Wir unterstützen Kriegsdienstverweigerer\*innen weltweit.

Aus der Überzeugung, dass sich Mittel und Ziel entsprechen müssen, verfolgt die DFG-VK ihre politischen Ziele ausschließlich mit gewaltfreien Mitteln; diese schließen die Verletzung und Tötung von Menschen aus und zielen auf die Konfliktlösung durch Dialog.

Gewaltfreie Methoden, wie z.B. verschiedene Formen der Verweigerung, ziviler Ungehorsam, direkte gewaltfreie Aktion, orientieren sich an der moralischen Legitimität der Ziele und Mittel, nicht an der formalen Legalität.

Diese Vielfalt unseres Handelns verstehen wir als Basis für unsere Wirksamkeit. Wir begrüßen insbesondere originelle und kreative Aktionsformen und Aussagen, haben Spaß daran, an einem Strang zu ziehen, und lernen voneinander

**Werde auch du aktiv!**

**Werde Mitglied!**

Um unsere Fähigkeiten und Kräfte zur Verwirklichung unserer Ziele zu bündeln und unseren persönlichen Einsatz politisch wirksamer werden zu lassen, haben wir uns organisiert. In der DFG-VK unterstützen wir uns gegenseitig in unserem alltäglichen Engagement gegen den Krieg und sind da solidarisch, wo unsere Mitglieder, aber auch Menschen außerhalb unseres Verbandes durch dieses Engagement von Repressionen betroffen sind.

Der politische Pazifismus, wie ihn die DFG-VK versteht, muss seine Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und anderen Institutionen behaupten und bewahren. Wir sind in unserer Arbeit und unserer Finanzierung unabhängig von Kirchen, Gewerkschaften und Parteien. Gleichzeitig fühlen wir uns mit Menschen und Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung hier und überall auf der Welt verbunden. Wir verstehen uns als Teil einer weltweiten Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und eine menschenwürdige Zukunft.



**Du kannst mitmachen! Melde dich!**

- [www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)
- [youtube.com/dfgvk](https://youtube.com/dfgvk)
- [facebook.com/dfgvk](https://facebook.com/dfgvk)
- [Instagram.com/die\\_friedensgesellschaft](https://instagram.com/die_friedensgesellschaft)
- [@dfg-vk.bsky.social](https://twitter.com/dfg-vk.bsky.social)

**Aktionsmaterial im Webshop PAZIFIX**  
[www.shop.dfg-vk.de](http://www.shop.dfg-vk.de)

**Das DFG-VK-Spendenkonto**  
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00  
BIC: BFSWDE33XXX

V.i.S.d.P. Michael Schulze von Glaßer c/o DFG-VK Bundesverband, Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart



**FÜR EINE FRIEDLICHE UND ZIVILE EU!**



**EINE FRIEDENSPOLITISCHE EINMISCHUNG**

[www.dfg-vk.de](http://www.dfg-vk.de)





## Friedlich und zivil statt aufrüstend und militärisch!

Die Wurzeln der Europäischen Union (EU) reichen bis 1951 zurück. Damals wollte man Europa wirtschaftlich stärken sowie für Frieden und Stabilität sorgen. Und tatsächlich gab es zwischen den Staaten der EU seitdem keine Kriege mehr. Militärisch aktiv ist man trotzdem – führt nun gemeinsam Kriege außerhalb der EU und rüstet andere Staaten auf. Die EU hat viel Potenzial eine Friedensmacht zu werden – dafür muss sich aber viel ändern.

### Nein zu PESCO, Verteidigungsfonds und einer EU-Armee

Schon 2003 wurde eine „Europäische Sicherheitsstrategie“ verabschiedet und im EU-Verfassungsvertrag war die militärische Ausrichtung der Außenpolitik der EU festgeschrieben. Hintergrund war – und ist – das Bestreben in relevanten Teilen der EU-Führung, die weltpolitische Bedeutung der EU zu stärken. So äußerte sich der damalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz 2013 so: „Europas Partner erwarten zu Recht, dass (...) aus der Wirtschaftssupermacht auch eine weltpolitische Supermacht wird.“ Wir denken, dass die Europas „Partner“ so etwas eher fürchten als erwarten!

Bereits seit 2007 stehen EU-Gefechtsverbände (so genannte „Battlegroups“) bereit, die innerhalb von 5-30 Tagen in Marsch gesetzt werden können. Konkret sind oder waren EU-Militärverbände in Bosnien, Somalia, am Horn von Afrika, in Mali und in vielen anderen Ländern aktiv. In der 2016 beschlossenen „EU-Globalstrategie“ heißt es: „Im Zusammenhang mit dem Interesse der EU (...) besteht die Notwendigkeit von (...) weltweiter Sicherheit im Seeverkehr, wodurch offene und geschützte Wege auf Ozeanen und Meeren, die für den Handel von entscheidender Bedeutung sind, und der Zugang zu den natürlichen Ressourcen sichergestellt werden.“

Im Dezember 2017 beschloss der Europäische Rat die „Ständige Strukturiert Zusammenarbeit“ (PESCO). Damit werden u.a. die

militärischen Fähigkeiten gebündelt. Außerdem wurden die PESCO-Staaten auf die Einhaltung zahlreicher Rüstungskriterien verpflichtet (u.a. die Erhöhung der Militärhaushalte sowie die Teilnahme an EU-Einsätzen und großen Rüstungsprogrammen). Auch bei Rüstungsprojekten geht die EU voran: Der Vertrag von Lissabon verbietet zwar die Finanzierung von Rüstungsprojekten und Militäreinsätzen aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union. Dennoch gibt es seit 2021 den Milliarden Euro schweren so genannten „Europäischen Verteidigungsfonds“, um gemeinsame Rüstungsprojekte umzusetzen. Über den Fonds gibt es eine juristische Auseinandersetzung.

Über einen weiteren Topf, die Europäische Friedensfazilität, rüsten die EU-Staaten die Ukraine mit Waffen aus und Schulen mit militärischem Personal. Auch ein Beitritt der Ukraine – aus durchaus militärstrategischen Erwägungen – wird in Betracht gezogen. Mit ASAP zur Ankurbelung der Munitionsproduktion oder EDIRPA zur Finanzierung von Rüstungskäufen der Mitgliedsstaaten wurden in jüngster Zeit weitere wichtige Rüstungsinstrumente ins Leben gerufen.

Das alles kostet Geld – viel Geld, das für andere dringend benötigte Zwecke dann nicht zur Verfügung steht. Fast alle EU-Staaten wollen künftig mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für das Militär ausgeben. Das bedeutet Mehrausgaben im dreistelligen Milliardenbereich, die zu weiteren drastischen Kürzungen in den Sozialhaushalten führen werden.

### Kein neues atomares Wettrüsten in Europa, Modernisierung von Atomwaffen in der EU verhindern. Verbot von Atomwaffen beschließen.

Mit der Kündigung des INF-Verbotsvertrages 2019 für atomare Mittelstreckenwaffen sowie dem klar zu verurteilenden und mit nichts zu rechtfertigenden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat ein neues Wettrüsten begonnen, an dem sich die EU beteiligt – etwa mit der Stationierung neuer US-Atomwaffen in Europa in den nächsten Jahren! Die Gefahr eines Atomkriegs wird dadurch drastisch erhöht. Dazu sagen wir deutlich Nein!

Weltweit gibt es immer noch etwa 15.000 Atomsprengköpfe im Besitz von neun Ländern: USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Davon sind circa 2.000 in ständiger Alarmbereitschaft. US-Atombomben sind in den EU-Staaten Niederlande, Belgien, Deutschland und Italien sowie in der Türkei stationiert. 1.000 Milliarden US-Dollar wollen allein die USA in den nächsten drei Jahren für atomare Rüstung und neue Atomwaffen ausgeben, darunter zehn Milliarden US-Dollar für ein Programm, das auch die in Europa

gelagerten Atombomben beinhaltet. In Deutschland sollen auf dem Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz neue B61-12-Atombomben stationiert werden, die Atomangriffe noch zielgenauer machen sollen. Damit sinkt die Schwelle für ihren Einsatz. Die EU muss dieser de facto Aufrüstung klar widersprechen. Auch Frankreich – und auch Großbritannien – dürfen kein Geld in neue Atomwaffen investieren.



Ein Taktisches CIMIC TEAM auf einem Wochenmarkt in Wabaria nahe Gao/Mali. Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke

Atomwaffen wurden zum ersten Mal 1945 eingesetzt. Binnen Sekunden wurden in Hiroshima und Nagasaki mehr als 200.000 Zivilist\*innen getötet. Unzählige Menschen erlitten schwerste Verletzungen. Genetische Schäden, ausgelöst durch die radioaktive Strahlung, belasten noch heute die nachfolgenden Generationen.

Über 120 Staaten beschlossen 2017 den UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag, der Besitz und Einsatz der Waffen völkerrechtlich verbietet. Über 65 Staaten haben den Vertrag mittlerweile unterschrieben und ratifiziert – in der EU sind dem Vertrag bisher lediglich Malta, Irland und Österreich beigetreten. Die EU muss sich für die Zustimmung zu diesem Vertrag durch ihre Mitgliedsstaaten aussprechen!

Aus der im Herbst 2021 veröffentlichten Studie „Don't Bank On The Bomb“ geht hervor, dass insgesamt 338 Finanzdienstleister in Unternehmen investieren, die Atomsprengköpfe sowie Atomwaffen-Trägersysteme entwickeln, produzieren oder warten. Finanzvolumen 2021: 685 Mrd. US-Dollar! Die Studie benennt konkret die Deutsche Bank und die Commerzbank als Investoren von Atomwaffen-Herstellern. Die EU muss sich dafür einsetzen, in ihren Mitgliedsstaaten direkte wie indirekte Investitionen für die Herstellung von Atomwaffen einzustellen.

### Nein zur Rüstungsexportpolitik der EU, Stopp der Rüstungsexporte aus der EU, Beendigung der Förderung der Rüstungsforschung durch die EU

Die EU ist einer der größten Waffenexporteure der Welt. Mit der Verabschiedung eines Gemeinsamen Standpunktes der EU für „gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ hat sich die EU bereits 2008 rechtlich verbindliche Regularien für Waffentransfers gegeben. In der Folge hätten die Kriegswaffenausfuhren drastisch sinken müssen. Doch die Realität sieht ganz anders aus: In den letzten Jahren ging ein Großteil der Rüstungsexportgenehmigungen aller EU-Mitgliedsstaaten an Länder außerhalb der EU. Waffen aus der EU kommen in Kriegs- und Krisenregionen zum Einsatz. Im noch immer tobenden Jemen-Krieg werden deutsche Kleinwaffen eingesetzt und es Bomben einer italienischen Tochterfirma des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall abgeworfen. Für Bombardierungen stehen dem saudischen Königreich Eurofighter- und Tornado-Kampffjets zur Verfügung – beides Flugzeugtypen, die von Rüstungsunternehmen in EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam gebaut werden. Die Luftangriffe des Saudi-Arabien angeführten Militärbündnisses sind eine Hauptursache für die Opfer unter der Zivilbevölkerung. Immerhin: Nach dem Mord an dem Journalist Jamal Khashoggi durch Saudi-Arabien 2017 wurden die Exporte an das Land einige Jahre eingestellt – laufen nun aber wieder an.

Die EU ist inkonsequent, wenn es um ihre Waffenexportpolitik geht. Ein weiteres Beispiel dafür ist Russland: Zwischen 2015



Bundeswehr-Fahrzeugkolonne im Rahmen der Enhanced Forward Battle Group in Rukla/Litauen. Foto: Bundeswehr/Sebastian Wilke



und 2020 sind Rüstungsgüter im Wert von rund 400 Millionen Euro nach Russland exportiert worden, da die Verträge dafür noch vor der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und dem darauffolgenden EU-Waffenembargo unterschrieben wurden. Eine konsequente Sanktionspolitik sieht anders aus.

Die Rüstungsindustrie ist über ihre Lobbyist\*innen massiv an der Hochrüstung der EU und an der Waffenexportpolitik beteiligt. Sie sorgt über ihre Konzernbüros in Brüssel und Straßburg mit dafür, dass in der EU Jahr für Jahr Unsummen für Rüstungsforschung und -produktion verschwendet werden. Durch PESCO und den Europäischen Verteidigungsfonds soll bei der Beschaffung und Entwicklung von Militärtechnik noch enger zusammengearbeitet werden, die Rüstungsproduktion gesteigert werden. Die Gelder für Rüstungsforschung und -beschaffungen fehlen für die Bildungs- und Sozialsysteme sowie für die Bekämpfung der Klimakatastrophe. Die Lösung liegt in der Rüstungskonversion, der Umstellung auf eine sinnvolle nachhaltige zivile Fertigung in ganz Europa. So könnten europaweit mehr Arbeitsplätze gesichert werden als anstatt in der Rüstungsindustrie.

### Ausbau der EU-Institutionen für eine Zivile Konfliktbearbeitung

Wir fordern für den aktuellen EU-Finanzrahmen (2021–2027) 7 Milliarden Euro für gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Friedensförderung und 3 Milliarden Euro für die Förderung von Menschenrechten und Demokratie!

Die Europäische Union engagiert sich heute in einem großen Feld ziviler friedensschaffender und friedenserhaltender Maßnahmen, wie der Sicherheitssektorreform, Justizreform, Training und Beratung, ziviler Schutz der Bevölkerung usw. – doch die Institutionen und Mittel für diese Vorhaben sind so unzureichend, dass die EU kaum Erfolge vorweisen kann. Die EU braucht eine zivile Friedensstrategie. Hierzu gehören:

- Ausbildung und Training der EU-Mitarbeiter\*innen in ziviler Konfliktbearbeitung und Gender im Rahmen der Personalentwicklung für die gemeinsame Außenpolitik.
- Eine systematische Einbindung der Zivilgesellschaft und substantielle Stärkung des Instruments für Stabilität und der Peacebuilding Partnerschaft.

FRIEDLICH DENKEN ALLEIN

ÄNDERT NICHTS.

WERDE MITGLIED!

SETZ DICH GEMEINSAM MIT ÜBER 3.500 MITGLIEDERN IM ÄLTESTEN FRIEDENSVERBAND DEUTSCHLANDS GEGEN KRIEG & AUFRÜSTUNG UND FÜR FRIEDEN & ABRÜSTUNG EIN!



DFG-VK.DE/MITGLIED-WERDEN